

Positionspapier zu den Volksinitiativen "gegen Masseneinwanderung" und "ECOPOP"

Allianz Santé MEI¹ Positionen

- 1) Die Gesundheits- und Sozialbranche benötigt jährlich ca. 17'000 ausländische Fachkräfte.
 - a. Notwendig sind sowohl hochqualifiziertes Fachpersonal z.B. für die Anästhesie, Intensiv-, Notfall- und OP-pflege, Sozialpädagogik, als auch gelernte oder angelehrte Spezialisten wie z.B. Küchen- und Reinigungspersonal oder Betten-transporteure.
 - b. Die versorgungskritischen Berufe im Gesundheits- Sozial- und Spitalwesen müssen einen gesetzlichen Sonderstatus erhalten und sind soweit wie möglich von personaleinschränkenden Massnahmen auszunehmen.
 - c. Die Gesundheits- und Sozialbranche muss zusätzlich mehr inländisches Fachpersonal ausbilden. Sie erhöht Aus- und Weiterbildungsplätze, ermöglicht Quer- und Wiedereinstiege und trägt aktiv zur Berufsverweildauer bei.
 - d. Der Bedarf an Mitarbeitenden steigt, weil die Anzahl der älteren und pflegebedürftigen Menschen stark zunimmt. Das im Inland mobilisierbare Potenzial kann den Bedarf heute und morgen nicht abdecken.
- 2) Die Gesundheits- und Sozialbranche braucht Rechtssicherheit im Umgang mit ausländischem Personal.
- 3) Die Gesundheits- und Sozialbranche schliesst hauptsächlich unbefristete Arbeitsverhältnisse ab. Ausländische Mitarbeitende benötigen deshalb B- und C-Bewilligungen. Wir lehnen das Bewilligungssystem aus den Jahren vor 1991/2002 und insbesondere das Saisonier-Statut ab.
- 4) Die Gesundheits- und Sozialbranche ist auch nach 2017 auf Grenzgänger/-innen in genügender Anzahl angewiesen.
- 5) Der Familiennachzug ist für das Gesundheits- und Sozialpersonal von grundlegender Bedeutung.
- 6) Im Falle von spürbar personaleinschränkender Massnahmen brauchten wir bei der Festsetzung der Höchstzahlen und der Umsetzung der Kontingente pragmatische, zielführende und unbürokratische Lösung mit kurzen Behandlungswegen und –fristen.
- 7) Kriterien für eine Kontingenzuteilung dürfen nicht nur die berufliche Qualifikation sein, sondern auch die Knappheit auf dem Personalmarkt und die Notwendigkeit der Stellenbesetzung im Betrieb. Die Gesundheits- und Sozialbranche steht voll hinter dem Personenfreizügigkeitsabkommen und den Bilateralen Verträgen der Schweiz mit der Europäischen Union, um den notwendigen Personalbedarf zu decken.

¹ Die ALLIANCE SANTE MEI ist eine ad hoc Interessengemeinschaft bestehend aus Arbeitgeber-, Arbeitnehmer- und weiteren Verbänden. Diese vertreten zusammen ca. 380'000 Arbeitsverhältnisse im Gesundheits- und Sozialwesen. Das sind ca. 8% der arbeitenden schweizerischen Bevölkerung.

Worum geht es?

Probleme nach Annahme der Volksinitiative „gegen Masseneinwanderung“

Die Annahme der Volksinitiative „gegen Masseneinwanderung“ stellt die Gesundheits- und Sozialbranche vor Probleme, da sie auf ausländisches Personal angewiesen ist. Aktuelle Beobachtungen und Schätzungen für die Zukunft zeigen, dass aufgrund demografischer Entwicklungen und einer durchschnittlichen, jährlichen Fluktuationsrate von geschätzt 13 % das Gesundheitswesen etwa 17'000 ausländische Gesundheitsfachkräfte pro Jahr benötigt. Die Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“ führt unter immigrationswilligen Fachkräften zu Rechtsunsicherheit. Deshalb verzichten diese möglicherweise, in die Schweiz arbeiten zu kommen.

ECOPOP NEIN !

Am 30. November 2014 stimmt das Schweizer Stimmvolk über die Volksinitiative "Stopp der Überbevölkerung – Zur Sicherung der natürlichen Siedlungsfläche" (ECOPOP) ab. Die Volksinitiative will die Nettozuwanderung auf 0,2% oder 16'000 pro Jahr beschränken. Eine Annahme der ECOPOP Volksinitiative würde für die Gesundheits- und Sozialbranche den Totalschaden bedeuten.

Anstrengungen der Gesundheits- und Sozialbranche

Die Verringerung der Auslandabhängigkeit ist ein längerfristiges Ziel. Die Anstrengungen der Gesundheits- und Sozialbranche der letzten Jahre haben zu einer gesteigerten Anzahl an Neueintritten in der Pflegeausbildung auf Sekundarstufe II (FaGe und FaBe) sowie auf Tertiärstufe (Pflegefachpersonal HF) geführt. Zur Zielerreichung sind nebst Bund und Kantone auch die Gesundheits- und Sozialbranche mit zusätzlichen Ausbildungs- und Praktikumsplätzen gefordert. Trotz dieser Anstrengungen ist es zunehmend schwierig, genügend inländisches Fachpersonal zu finden. Der Fachkräftemangel bleibt – insbesondere für Ärzte und spezialisierte Pflegeberufe – bestehen.

Abhängigkeit von ausländischem Personal am Beispiel der H+ Mitglieder

Der Anteil von beispielsweise 32% der im Spitalwesen tätigen Ausländer/-innen verdeutlicht diese Notwendigkeit. Er blieb während der letzten 20 Jahre stabil bei durchschnittlich 31%. Der Anteil Ausländer/-innen in Spitälern, Kliniken und Pflegeinstitutionen aus den Nachbarländern Deutschland, Frankreich und Italien - wovon viele Grenzgänger/-innen sind - beträgt über 60% aller ausländischen Angestellten.

Inländisches Potenzial erschliessen

Rund jedes 12. Arbeitsverhältnis in der Schweiz fällt auf die Gesundheits- und Sozialbranche. Gemäss Schätzungen und Modellberechnungen von H+ könnte die Gesundheits- und Sozialbranche rund 6'100 Personen aus dem Inlandpotenzial zusätzlich einmalig gewinnen. Im Vergleich zum jährlichen Gesamtbedarf von ca. 17'000 ausländischen Arbeitskräften ist der Anteil des Inlandpotenzials allerdings vernachlässigbar. Massnahmen zur Erschliessung und Mobilisierung des Inlandpotenzials sind primär in der Steigerung der Attraktivität der Gesundheitsberufe, der Verbesserung des Arbeitsumfelds in den Betrieben und der Erhöhung der Pensen von Teilzeitangestellten zu finden.



SVPL ASDSI ASCSI SNDA

